

*Medienmitteilung vom 17. September 2010*

## **FDP: Jetzt ist Regierung gefordert**

**Der Kantonsrat hat sich überraschend deutlich gegen die rechtsstaatlich bedenkliche Vorteilsabgabe in der Strassenverordnung ausgesprochen. Die entsprechende Motion von FDP-Kantonsrat Christoph Weber wurde erheblich erklärt. Nun ist die Regierung gefordert.**

«Das ist ein voller Erfolg für die FDP», sagt Fraktionschefin Petra Gössi aus Küssnacht. «Mit der Erheblichkeitserklärung muss nun die Regierung dem Kantonsrat eine Vorlage zur Abschaffung der Vorteilsabgabe präsentieren.» Die vor bald einem Jahr vom Schwyzer FDP-Kantonsrat Christoph Weber eingereichte Motion zur Abschaffung der Vorteilsabgabe ist nach Meinung der FDP die ideale Möglichkeit, einen Missstand zu beseitigen.

### **Weg mit dem Papiertiger**

Gemäss Christoph Weber liege die Vorteilsabgabe völlig schief in der Landschaft. «Das ganze System ist weder durchdacht noch in der Praxis funktionell.» Hinzu komme, dass die Vorteilsabgabe als Bestandteil der im Jahr 2000 in Kraft getretenen Strassenverordnung wegen unterschiedlichen und willkürlichen Handhabungen in den Gemeinden und Bezirken zu Rechtsungleichheiten führe, sagt FDP-Kantonsrat Kuno Kennel (Arth), der die Vorlage für seine Fraktion im Rat vertrat. «Die Vorteilsabgabe ist mit einem zu hohen bürokratischen Aufwand verbunden.» Hinweis darauf liefern mehrere Verwaltungsgerichtsentscheide und der Umstand, dass der Bezirk die Vorteilsabgabe kurz nach der Einführung wegen zu hohem Aufwand wieder abgeschafft hat. Dass das Kantonsparlament gegen die Meinung der Regierung am Mittwoch die Vorteilsabgabe mit 56 zu 32 Stimmen bodigte, freut natürlich die FDP-Fraktion. Petra Gössi: «Diese Sonderlösung wird nicht einmal in allen Gemeinden und Bezirken umgesetzt und ist schlicht ein Papiertiger, der weg gehört. Wir sind gespannt auf die entsprechende regierungsrätliche Vorlage.»

*Text: Roger Bürgler*